



Bundesverband der Träger
beruflicher Bildung
(Bildungsverband) e.V.

12-Punkte-Programm für eine zukunftsweisende Arbeitsmarktpolitik

Vorbemerkung

Mit der Reform der Arbeitsmarktpolitik im Jahre 2002 wurden neue arbeitsmarktpolitische Instrumente eingeführt. Gleichzeitig wurden bewährte Instrumente massiv zurückgefahren.

Inzwischen ist die Euphorie, mit der die neuen Instrumente angekündigt wurden, einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Das Ziel der Reform, *“die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von drei Jahren um zwei Millionen zu verringern”* (Peter Hartz im September 2002), wurde nicht erreicht. *“Der deutsche Arbeitsmarkt steckt in einer tiefen Krise”*, urteilt das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit) in seinem gerade erschienenen *“IAB Handbuch Arbeitsmarkt”* und stellt fest:

“Die Arbeitslosigkeit verharrt in Deutschland auf hohem Niveau, die Beschäftigung ist viel zu gering. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind von Rezession zu Rezession weiter gestiegen. Das beträchtliche Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit lässt keinen Zweifel, dass der deutsche Arbeitsmarkt auch strukturelle Probleme aufweist. Kurz gefasst: Der deutsche Arbeitsmarkt hat ein Niveauproblem, ein Entwicklungsproblem und ein Strukturproblem.”

Über die Wirkungen der zahlreichen neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird derzeit viel spekuliert. Fundierte Bewertungen sind aber bislang rar.

Wir wissen: Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur berufliche Weiterbildung, aber eine Arbeitsmarktpolitik ohne Weiterbildung ist nicht denkbar. Allein die demografische Entwicklung und der schon heute absehbare Fachkräftemangel stellen die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen und Branchen in Frage. Diesen Herausforderungen ist insbesondere mit einer Offensive für Qualifizierung zu begegnen. Obwohl diese Erkenntnis allgegenwärtig zu sein scheint, spiegelt sie sich noch nicht in der praktizierten Politik wider.

Der Bildungsverband, der es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, die Diskussion über bildungs- und arbeitsmarktpolitische Themen anzuregen, legt hier in 12 Punkten sein Programm für eine zukunftsweisende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland vor.

1. Arbeitsmarktpolitik braucht eine abgesicherte Finanzierung.

Die politisch Verantwortlichen müssen sich grundsätzlich entscheiden, ob sich der Staat auch zukünftig arbeitsmarktpolitisch engagieren will (Zielsetzung, Art und Umfang) und sodann eine klare Finanzierungsregelung schaffen.

2. Arbeitsmarktpolitik braucht Kontinuität.

In den vergangenen Jahren war der Umfang des arbeitsmarktpolitischen Engagements immer abhängig vom jeweiligen Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA), was zu einem kontraproduktiven - zudem in der Regel prozyklischen - "Stop-and-Go" der Arbeitsmarktpolitik führte. Betroffene dieser Politik waren zunächst die Arbeitsuchenden. Die Folgen waren darüber hinaus Planungsunsicherheiten bei allen Beteiligten, kostenintensiver Auf- und Abbau von Infrastrukturen, Arbeitsplatzunsicherheit bei den Beschäftigten. Eine effiziente, professionelle Arbeitsmarktpolitik erfordert Planungssicherheit und Kontinuität.

3. Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen fortlaufend evaluiert werden.

Erforderlich ist zunächst eine Neubewertung der verschiedenen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Daraus resultierende objektive Einschätzungen darüber, welches Instrument unter welchen Bedingungen in welcher Region den größten Integrationseffekt hat sowie wissenschaftliche Erkenntnisse über die Effizienz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (unter anderem des BA-eigenen Forschungsinstitutes IAB) müssen zur Grundlage arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen gemacht werden.

4. Der beruflichen Qualifizierung Jugendlicher und Erwachsener muss ein adäquater Stellenwert zukommen.

Auch wenn Weiterbildung nicht in jedem Fall Arbeitslosigkeit beseitigen kann, für den Einzelnen mindert sie aber die Risiken am Arbeitsmarkt. 35 Prozent der Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, steigt ohne berufliche Qualifikation. Wer einmal als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin den Anschluss verliert, für den/die ist es schwierig, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen - ein besonderes Problem für Frauen, die nach einer längeren Familienpause den Wiedereinstieg in das Berufsleben suchen. Dementsprechend lautet das Fazit des IAB-Kurzberichtes 09 vom Juni 2005:

"Bildungsförderung bleibt - langfristig - die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik."

5. Aktivitäten, die eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt sichern, müssen stärkere Berücksichtigung finden.

Beispiel "Förderung der beruflichen Weiterbildung" (FbW): Entgegen der Behauptung der Bundesagentur für Arbeit, kurze Fortbildungen seien wesentlich billiger, aber genau so effektiv wie längere, kommt das BA-eigene Forschungsinstitut IAB zu der Erkenntnis: "*Langfristige*

Qualifizierungsprogramme steigern durch eine nachhaltige Verbesserung des Humankapitals langfristig auch die Beschäftigungsrate der Teilnehmer gegenüber Nicht-Teilnehmern.“ Solchen Erkenntnissen muss in Zukunft verstärkt Rechnung getragen werden.

6. Die vorhandenen Mittel müssen effizienter eingesetzt werden.

Ein früheres Einsetzen der Förderung arbeitslos gewordener Menschen hilft, den Übergang in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Da die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ein entscheidendes Ziel der Bundesregierung, der Bundesagentur und der Argen ist, müssen die Bedarfsermittlung von Arbeitskräften (Arbeitsmarktanalyse), das Profiling von Arbeitslosen, das Feststellen von möglichen Vermittlungs- und Qualifizierungsdefiziten im Einzelfall, die Beseitigung der Defizite und die Vermittlung Hand in Hand gehen. Dazu gehört auch die deutliche Verkürzung der Zeit, bevor ein Arbeitsloser seinen Vermittler erstmalig zu Gesicht bekommt. Entsprechende Kompaktkonzepte, die schnell in die Umsetzungsphase kommen können, sind kurzfristig zu entwickeln.

7. Arbeitsmarktpolitik darf sich nicht ausschließlich an ökonomischen Parametern orientieren.

Eine allein an ökonomischen Parametern orientierte Arbeitsmarktpolitik kann auf Dauer nicht zielführend sein, sondern es müssen auch andere sozial- und bildungspolitische Effekte Berücksichtigung finden (z. B. die Integration von Schwerbehinderten, Förderung benachteiligter Jugendlicher, Reintegration Langzeitarbeitsloser, Förderung älterer Arbeitsloser etc.).

Ebenso ist eine Arbeitsmarktpolitik abzulehnen, die auf eine kurzfristige Statistikbereinigung abzielt.

8. Arbeitsmarktpolitik muss auch präventiv ansetzen.

Die demografische Entwicklung kann zu einem schwerwiegenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland führen. Ab dem Jahr 2015 rechnet das IAB wegen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung mit einem deutlichen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials. Um diese Entwicklung aufzufangen, muss Arbeitsmarktpolitik auch präventiv ansetzen. Dafür ist die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung - auch im Übergang von Schule und Beruf - zu verbessern. Hier ist schnelles Handeln erforderlich, denn Erfolge werden in diesem Bereich erst mittelfristig sichtbar werden.

9. Arbeitsmarktpolitik muss nach neuen Wegen suchen.

Nur auf die sogenannten "bewährten" Instrumente zu setzen, sollte nicht Grundlage einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik sein. Das Suchen nach neuen Wegen und der Blick "über den Tellerrand" müssen systematischer Bestandteil einer modernen Arbeitsmarktpolitik sein. Die Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt - und Weiterbildungspolitik ist notwendig und im Dialog mit den beteiligten Partnern sinnvoll und möglich.

10. Arbeitsmarktpolitik muss die regionalen Bedingungen und die Qualität der Angebote berücksichtigen.

Bei der zentralen Vergabe von Bildungsmaßnahmen führt eine einseitige Orientierung auf den Preis zu Dumpingangeboten und zu einer spürbaren Verschlechterung der Qualität der Angebote. Die Vergabe ist deshalb in regionale Verantwortung zu geben. Gleichzeitig muss durch ein Kontrollsystem sichergestellt werden, dass angebotene Leistungen durch die Bildungsträger auch tatsächlich umgesetzt werden. Dazu wären vereinheitlichte Mindeststandards für die Beschäftigung von Arbeitnehmern/innen bei den Bildungsträgern, zum Beispiel durch Qualitätskriterien der Bundesagentur als einzuhaltende Voraussetzungen für Maßnahmevergaben, hilfreich und zielführend. Sozial- und Lohndumping muss verhindert und darf nicht gefördert werden.

11. Arbeitsmarktpolitik muss die Förderung des “Lebenslangen Lernens” zu einer zentralen Aufgabe machen.

Die Dynamik des heutigen Arbeitsmarktes, hervorgerufen durch neue technologische und gesellschaftliche Entwicklungen bewirkt eine ständige Veränderung aktueller beruflicher Anforderungsprofile. Die daraus resultierende Förderung der ständigen Weiterbildung - Stichwort “Lebenslanges Lernen” - setzt ein großes Maß an grundlegenden Fähigkeiten und Fertigkeiten (solide Allgemeinbildung, Fremdsprachenkenntnis, gefestigte kognitive Fähigkeiten, Sozial- und Medienkompetenz) voraus. Hierfür müssen gezielte Bildungsangebote bereitgestellt werden, welche sowohl auf die Sicherung des Arbeitsplatzes ausgerichtet sind, wie auch die Voraussetzung für einen schnellen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben entscheidend verbessern.

12. Im Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft darf die Arbeitsmarktpolitik nicht isoliert betrachtet werden.

Wenn die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine sinnvolle Bildungsförderung ist (IAB-Kurzbericht 9/2005), dann müssen endlich Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik aufeinander abgestimmt und aus einem Guss umgesetzt werden. Nur unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Finanzierungsprobleme in der Arbeitsmarktpolitik zu lösen.

Quellenbezüge:

Alexander Reinberg und Markus Hummel:
„Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor
Arbeitslosigkeit“
IAB-Kurzbericht Nr. 9 vom 13.6.2005

Jutta Allmendinger, Werner Eichhorst, Ulrich
Walwei (Hrsg.):
IAB Handbuch Arbeitsmarkt
Analysen, Daten, Fakten
Band 1 der Reihe IAB-Bibliothek
Campus Verlag Frankfurt und New York 2005

Herausgeber:

Bundesverband der Träger
beruflicher Bildung
(Bildungsverband) e.V.

Alter Teichweg 19
22081 Hamburg

Verantwortlich: Rudolf Helfrich
Redaktion: Peter Rother
Tel. 040 35094 212
Fax 040 35094 225
peter.rother@bildungsverband-
online.de

www.bildungsverband-
online.de

Hamburg, Oktober 2005